



# Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Ried im Innkreis  
über die Einschau in die Gebarung

der Gemeinde

## Senftenbach

*Gem60-1-2008*

## Impressum

**Herausgeber:**

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:  
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Linz, im August 2008

Die Bezirkshauptmannschaft Ried im Innkreis hat mit Unterbrechungen in der Zeit von 5. Mai bis 2. Juni 2008 durch einen Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Gemeinde Senftenbach vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2005 bis 2007 und der Voranschlag für das Jahr 2008 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Ried im Innkreis dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung</b> .....	<b>6</b>
<b>Wirtschaftliche Situation</b> .....	<b>6</b>
<b>Personal</b> .....	<b>6</b>
<b>Öffentliche Einrichtungen</b> .....	<b>6</b>
<b>Weitere wesentliche Feststellungen</b> .....	<b>7</b>
<b>Außerordentlicher Haushalt</b> .....	<b>7</b>
<b>Die Gemeinde</b> .....	<b>8</b>
<b>Wirtschaftliche Situation</b> .....	<b>9</b>
<b>Haushaltsentwicklung</b> .....	<b>9</b>
<b>Mittelfristiger Finanzplan</b> .....	<b>10</b>
<b>Finanzausstattung</b> .....	<b>11</b>
Grundsteuerbefreiungen.....	11
Verkehrsflächenbeiträge.....	11
Aufschließungsbeiträge.....	12
Steuer- und Gebührenrückstände.....	12
<b>Umlagen</b> .....	<b>13</b>
<b>Fremdfinanzierungen</b> .....	<b>14</b>
<b>Darlehen</b> .....	<b>14</b>
<b>Kassenkredit</b> .....	<b>14</b>
<b>Haftungen</b> .....	<b>14</b>
<b>Rücklagen</b> .....	<b>15</b>
<b>Personal</b> .....	<b>16</b>
<b>Allgemeine Verwaltung</b> .....	<b>16</b>
<b>Kindergarten</b> .....	<b>16</b>
<b>Bauhof</b> .....	<b>17</b>
<b>Dienstpostenplan</b> .....	<b>17</b>
<b>Bezugsliquidierung und Urlaubsabwicklung</b> .....	<b>17</b>
<b>Organisation und Geschäftsverteilung</b> .....	<b>17</b>
<b>Weiterbildung</b> .....	<b>17</b>
<b>Öffentliche Einrichtungen</b> .....	<b>18</b>
<b>Wasserversorgung</b> .....	<b>18</b>
<b>Abwasserbeseitigung</b> .....	<b>19</b>
<b>Abfallbeseitigung</b> .....	<b>21</b>
<b>Kindergarten</b> .....	<b>22</b>
<b>Gemeindevertretung</b> .....	<b>23</b>
<b>Weitere wesentliche Feststellungen</b> .....	<b>23</b>
<b>Vermögensverwaltung</b> .....	<b>23</b>

<b>Feuerwehrwesen</b> .....	23
<b>Förderungen und freiwillige Ausgaben</b> .....	24
<b>Versicherungen</b> .....	24
<b>E-Government</b> .....	24
<i>Außerordentlicher Haushalt</i> .....	24
<b>Überblick über den a.o. Haushalt</b> .....	24
<b>Löschwasserbehälter</b> .....	25
<b>Löschfahrzeug</b> .....	25
<b>Einbau zweiter Gruppenraum im Kindergarten</b> .....	25
<b>Kinderspielplatz</b> .....	25
<b>Sportplatz-Neubau</b> .....	25
<b>Straßenbau</b> .....	26
<b>Kommunalfahrzeug</b> .....	26
<b>Grundkauf Kirchenvorplatz</b> .....	26
<i>Optimierungspotential</i> .....	26
<i>Schlussbemerkung</i> .....	26

# Kurzfassung

## ***Wirtschaftliche Situation***

Die finanzschwache Kleingemeinde konnte zwischen den Jahren 1990 und 2003 insbesondere wegen großer Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit einen Abgang im ordentlichen Haushalt vermeiden. Nach Abgängen in den folgenden drei Finanzjahren konnte 2007 wieder ein Haushaltsausgleich erreicht und konnten sogar geringe Zuführungen getätigt werden. Laut dem im Zuge des Voranschlages 2008 beschlossenen mittelfristigen Finanzplan wird in den Folgejahren wieder mit einer negativen Finanzspitze gerechnet, wodurch ein Ausgleich des ordentlichen Haushaltes gefährdet ist. Ein Zeichen dafür ist, dass der Voranschlag 2008 einen beträchtlichen Abgang ausweist.

Bei den gemeindeeigenen Abgaben war von 2005 bis 2007 eine geringe Steigerung um rund € 3.900 bzw. 3,7 % zu verzeichnen, während die Abgabenertragsanteile im gleichen Zeitraum um rund € 43.200 bzw. 10,8 % anstiegen. Die Gemeinde liegt mit ihrer Finanzkraft unter dem Landesdurchschnitt und erhält laufend eine Strukturhilfe des Landes OÖ.

Außerdem ist bei den Pflichtausgaben – insbesondere bei den Sozialabgaben wie Krankenanstaltenbeitrag und Bezirksumlage – eine progressive Steigerung festzustellen. Der geringe Spielraum für Ermessensausgaben wird dadurch weiter eingeschränkt.

Positiv zu werten ist der verhältnismäßig geringe Schuldendienst, der die Gemeinde im Finanzjahr 2007 mit nur rund € 13.800 belastete. In diesem Zusammenhang müssen aber die an den RHV Mittlere Antiesen geleisteten Haftungstilgungen und –zinsen von insgesamt rund € 22.000 gesehen bzw. berücksichtigt werden.

Die Gemeinde verfügt über zweckgebundene Rücklagen von insgesamt rund € 101.600, die größtenteils den Kanal betreffen. Diese Rücklagen werden ständig zur Liquiditätsstärkung als innerer Kredit verwendet und dadurch beträchtliche Kassenkreditzinsen vermieden.

## ***Personal***

Vom aufsichtsbehördlich genehmigten Dienstpostenplan sind aktuell annähernd drei Personaleinheiten nicht besetzt. Die Ausgaben für das Personal stiegen im Finanzjahr 2007 auf insgesamt rund € 264.000. Damit waren bereits mehr als 30 % der ordentlichen Einnahmen gebunden.

## ***Öffentliche Einrichtungen***

An die Wasserversorgungsanlage sind 12 Liegenschaften der Ortschaft St. Ulrich angeschlossen. Der Betriebsabgang belief sich im Prüfungszeitraum auf durchschnittlich rund € 2.300. Die Gemeinde wird aufmerksam gemacht, dass ihr hinsichtlich der Ausübung des Anschlusszwanges kein Ermessen zusteht.

Der Betrieb der Abwasserbeseitigung wies zuletzt 2007 einen Überschuss von rund € 30.000 aus. Mit den im Finanzjahr 2007 eingehobenen Benützungsgebühren wurde eine Kubikmetergebühr errechnet, die den Vorgaben des Landes OÖ. für Abgangsgemeinden entspricht.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung weist im Finanzjahr 2007 einen geringen Überschuss aus, während in den beiden vorangegangenen Jahren geringe Fehlbeträge verzeichnet wurden. Eine Verbesserung des Betriebsergebnisses ist unter anderem durch Erhöhung des Anschlussgrades bei den Biotonnen anzustreben.

Der seit Herbst 2007 wieder mit einer Gruppe und einem Kind mit Beeinträchtigung, das von einer Stützkraft betreut wird, geführte Kindergarten verursacht ständig beträchtliche Abgänge. Im Finanzjahr 2007 musste die Gemeinde bei einem durchschnittlichen Besuch von

20 Kindern pro Kind und Jahr effektiv rund € 1.530 zuschießen. Ab kommendem Herbst wird eine weitere Verschlechterung der Auslastung um voraussichtlich sieben Kinder erwartet. Die Kindergartentarifordnung ist den geänderten Vorgaben anzupassen.

### **Weitere wesentliche Feststellungen**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, den Gemeindevorstand wenigstens einmal in jedem Vierteljahr einzuberufen. Ähnliches gilt für den Prüfungsausschuss, der seinem gesetzlichen Auftrag ebenfalls in jedem Kalendervierteljahr nachzukommen hat.

Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang lagen im Finanzjahr 2007 bei rund € 15,20 bzw. um rund € 100 über dem vorgegebenen Richtsatz von € 15,00 je Einwohner, die auf eine Sonderförderung des Musik- und Sportvereines zurückzuführen ist. Ein Einsparungspotential wäre bei den Doppel- und Mehrfachförderungen vorhanden.

### **Außerordentlicher Haushalt**

Im Zeitraum 2005 bis 2007 wurden für 13 Vorhaben insgesamt annähernd € 500.000 investiert und finanziert. Der Investitionsschwerpunkt lag in der Errichtung von Freizeitanlagen, dem Straßen-, Kanal- und Löschwasserbehälterbau. Der Baufortschritt erfolgte stets im Einklang mit den vorhandenen Finanzierungsmitteln bzw. wurden beim "Sportplatz-Neubau" vom örtlichen Sportverein die Vorfinanzierungskosten übernommen. Die Gemeinde wird zwecks Vermeidung allfälliger Schadenersatzansprüche bzw. zur Gewährleistung eines fairen und lauterer Wettbewerbes aufmerksam gemacht, dass der Ersteller des Leistungsverzeichnisses am Vergabeverfahren nicht teilnehmen sollte.

## Die Gemeinde

Die Gemeinde Senftenbach hat aktuell 755 Einwohner<sup>1</sup> und ist eine von 36 Gemeinden des Bezirkes Ried im Innkreis. Auf einer Seehöhe von 414 m erstreckt sich die Gemeinde auf einer Fläche von 9,8 km<sup>2</sup>. Im Gemeindegebiet gibt es 11 Ortschaften, die mit ca. 21 km Gemeinestraßen verbunden sind. Die zwischen der Bezirkshauptstadt Ried im Innkreis und der Gemeinde Obernberg am Inn gelegene Landgemeinde weist auf Grund ihrer ruhigen Lage eine gute Wohnqualität auf. Es ist ein weiterer Anstieg der Einwohnerzahl, der Gebäude und Wohnungen festzustellen. Von den in der Gemeinde wohnhaften Erwerbstätigen müssen rund 250 Personen bzw. mehr als drei Viertel auspendeln<sup>2</sup>.

Die freie Finanzspitze bzw. der Handlungsspielraum wird durch die steigenden Pflichtausgaben und die Folgekosten der getätigten Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur immer mehr eingeschränkt.

Die Gemeindevertretung setzt sich seit der letzten Gemeinderatswahl im Herbst 2003 aus acht ÖVP-, drei SPÖ- und zwei FPÖ-Mandataren zusammen. Der direkt gewählte Bürgermeister erreichte im ersten Wahldurchgang rund 66 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Der Schwerpunkt der Investitionen lag im Straßenbau, in der Errichtung der Sportanlagen, des öffentlichen Kinderspielplatzes und von Löschwasserbehältern.

In Zukunft sind der wegen des Ankaufes eines Löschfahrzeuges erforderliche Umbau des Feuerwehrhauses, die Errichtung eines Gehweges einschließlich eines Fahrbahnteilers und der Straßenbeleuchtung zur Autobushaltestelle Bruck, der weitere Ausbau und die Sanierung von Gemeinestraßen, die Errichtung eines Bauhofes mit einer Altstoffsammelinsel vorgesehen. Außerdem wird die Sanierung der Volksschule mit Errichtung einer Turn- oder Mehrzweckhalle gewünscht.

---

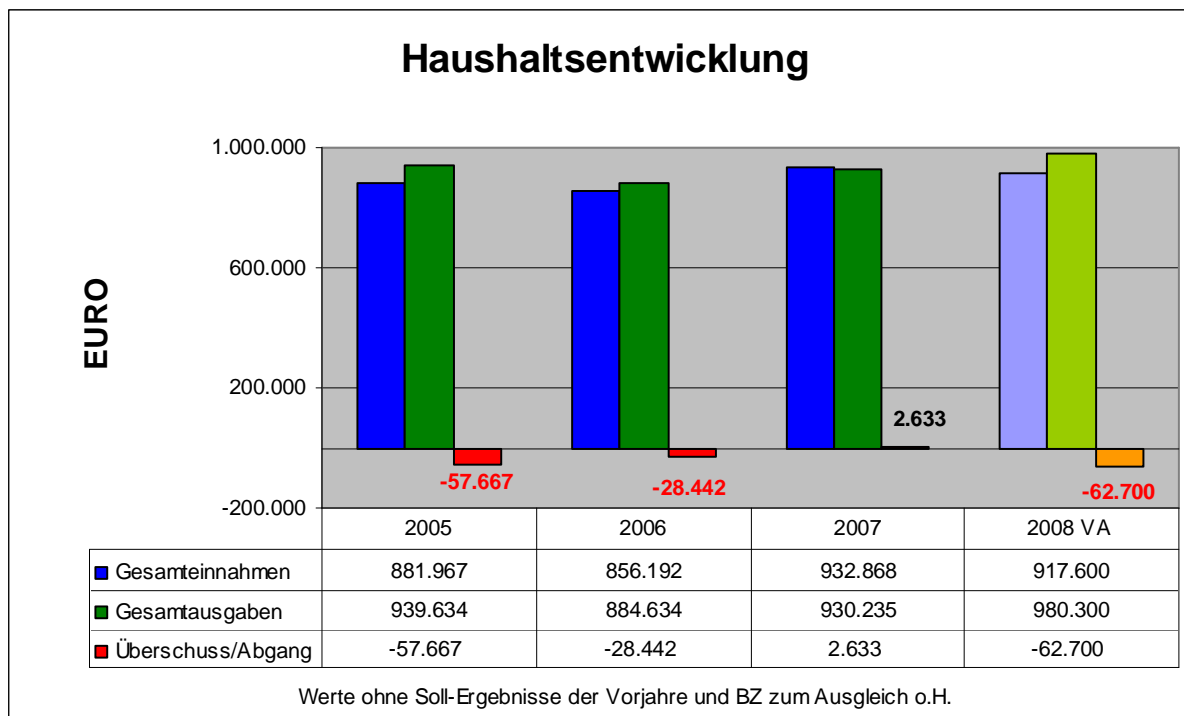
<sup>1</sup> Volkszählung 2001: 698 EW, zum Stichtag der letzten Gemeinderatswahl 751 EW

<sup>2</sup> Quelle Statistik Austria – Allgemeine Maßzahlen, Erwerbstätige laut letzter Volkszählung 328 Personen



# Wirtschaftliche Situation

## Haushaltsentwicklung



Die Graphik zeigt die Entwicklung des ordentlichen Haushaltes ohne die Vorjahresergebnisse bzw. ohne gewährte Bedarfszuweisung zum Haushaltsausgleich und stellt somit das "bereinigte Jahresergebnis" dar. Die Gemeinde verzeichnete in den Finanzjahren 2004 bis 2006 Soll-Abgänge von insgesamt rund €206.400. Dazu wurden mit einer Zeitverzögerung von jeweils einem Jahr BZ-Mittel von insgesamt €145.000 bzw. rund 70 % gewährt. Davor konnte seit dem Jahr 1990 ein Haushaltsabgang vor allem durch Sparsamkeit abgewendet werden.

In den Rechnungsabschlüssen werden folgende Soll-Ergebnisse<sup>3</sup> ausgewiesen:

Finanzjahr	2005	2006	2007
Soll-Ergebnis	- 88.200	- 57.600	0

In diesem Zusammenhang müssen die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt berücksichtigt werden, die sich im Betrachtungszeitraum wie folgt darstellen<sup>4</sup>:

Finanzjahr	2005	2006	2007
Anteilsbeträge	0	1.000	19.600
Interessentenbeiträge	21.300	11.200	9.700

Erfreulich ist die positive Entwicklung des Haushaltsergebnisses. Im Finanzjahr 2007 konnte somit der veranschlagte Abgang in Höhe von ursprünglich €74.400 bzw. laut Nachtragsvorschlag in Höhe von €41.500 beseitigt und konnten sogar Anteilsbeträge zugeführt werden.

<sup>3</sup> Kaufmännisch gerundet

<sup>4</sup> Kaufmännisch gerundet

Im ordentlichen Haushalt wurden im Finanzjahr 2007 Investitionen<sup>5</sup> von insgesamt rund € 4.000 bzw. 0,4 % der ordentlichen Jahreseinnahmen getätigt, die unter den Ausgaben der beiden vorangegangenen Jahre lagen.

Anhand einer Analyse der Querschnittskennzahlen<sup>6</sup> konnte ermittelt werden, dass im Finanzjahr 2007 zwar eine Verbesserung eintrat und die Gesamtbetrachtung ein befriedigendes Ergebnis darstellt. Allerdings wird laut Voranschlag bzw. mittelfristigem Finanzplan eine Verschlechterung erwartet. Die Finanzlage der Gemeinde bleibt voraussichtlich weiterhin äußerst angespannt und der Handlungsspielraum bzw. die freie Finanzspitze sehr gering. Ein Spitzenwert kann lediglich bei der Schuldendienstquote und daraus folgend auch bei der Eigenfinanzierungskraft vorgewiesen werden.

### ***Mittelfristiger Finanzplan***

Der vom Gemeinderat zuletzt mit dem Voranschlag 2008 beschlossene mittelfristige Finanzplan wurde im Großen und Ganzen ordentlich erstellt. Lediglich beim Investitionsplan wurden in Aussicht gestellte Förderungsmittel teilweise zu optimistisch eingeplant. Die "freie Finanzspitze" ist im Durchschnitt mit rund € 51.000 negativ und ein deutliches Zeichen für die angespannte Finanzsituation.

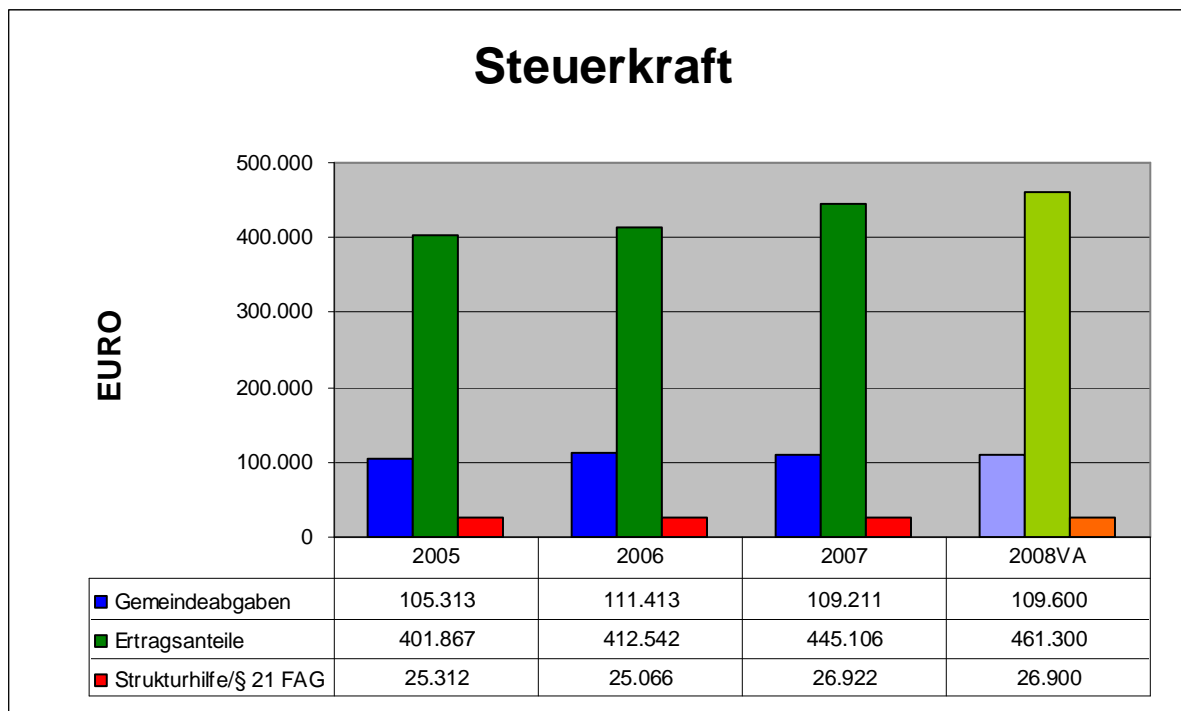
Die Gemeinde wird – so wie bisher gehandhabt - neue Vorhaben erst nach Erteilung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung und nach Maßgabe zugesicherter Förderungsmittel beginnen können. Es ist jedenfalls darauf zu achten, dass der Investitions- und Finanzierungszeitraum wieder möglichst nah beisammen liegen.

---

<sup>5</sup> Postenklasse 0 und Kapitaltransferzahlungen (ohne Saldo-Ausbuchung bzw. Postenklasse 779)

<sup>6</sup> Siehe Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände 2008, 5. ergänzte und erweiterte Auflage, Seite 318 ff

## Finanzausstattung



Die ausschließlichen Gemeindeabgaben ohne Aufschließungsbeiträge nach dem öö. Raumordnungsgesetz 1994 stiegen im Prüfungszeitraum von 2005 bis 2007 um lediglich rund €3.900 bzw. 3,7 % an. Die Kommunalsteuer und die Grundsteuer B sind seit Jahren die ertragreichsten Steuern und decken im Finanzjahr 2007 insgesamt rund 87 % des gemeindeeigenen Steueraufkommens ab. Das Verhältnis der Gemeindeabgaben zur Steuerkraft<sup>7</sup> beträgt im Betrachtungszeitraum im Durchschnitt rund 19,3 % mit einer rückläufigen Tendenz ab 2007. Weiters erhielt die Gemeinde seit dem Jahr 1999 immer eine "Strukturhilfe" des Landes OÖ. für finanzschwache Gemeinden, die im Jahr 1998 eingeführt wurde.

Die Abgabenertragsanteile erhöhten sich im Prüfungszeitraum um insgesamt rund €43.200 bzw. 10,8 %. Im Finanzjahr 2007 konnten gegenüber 2006 um rund € 16.200 bzw. 8 % höhere Einnahmen bei den Ertragsanteilen des Bundes erzielt werden.

Laut einer Statistik des Landes OÖ. verbesserte sich die Gemeinde mit ihrer Finanzkraft<sup>8</sup> im Jahr 2006 auf die 234. Stelle<sup>9</sup> in OÖ. und im Bezirk Ried i. I. auf den 17. Platz.

### Grundsteuerbefreiungen

Bei den stichprobenartig geprüften Grundsteuerbefreiungen wurden keine Ordnungswidrigkeiten festgestellt.

### Verkehrsflächenbeiträge

Die Verkehrsflächenbeiträge nach der öö. Bauordnung 1994 werden mit dem unverminderten Einheitssatz in Höhe von €50,87 vorgeschrieben.

<sup>7</sup> Unterabschnitt 920 Gemeindeabgaben abzüglich Aufschließungsbeiträge sowie UA 925 Abgabenertragsanteile mit § 21 FAG-Zuweisung und Strukturhilfe des Landes OÖ.

<sup>8</sup> Gemäß der für die Strukturhilfe maßgebenden Finanzkraftdefinition nach dem Bezirksumlagegesetz 1960

<sup>9</sup> 2005: 249. bzw. 18. Platz, 2004: 242 bzw. 18. Platz

### **Aufschließungsbeiträge**

Die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 erfolgte erstmals im Finanzjahr 2001. Somit werden seit dem Finanzjahr 2006 "Erhaltungsbeiträge" eingehoben, die zur Entlastung des ordentlichen Haushaltes beitragen.

### **Steuer- und Gebührenrückstände**

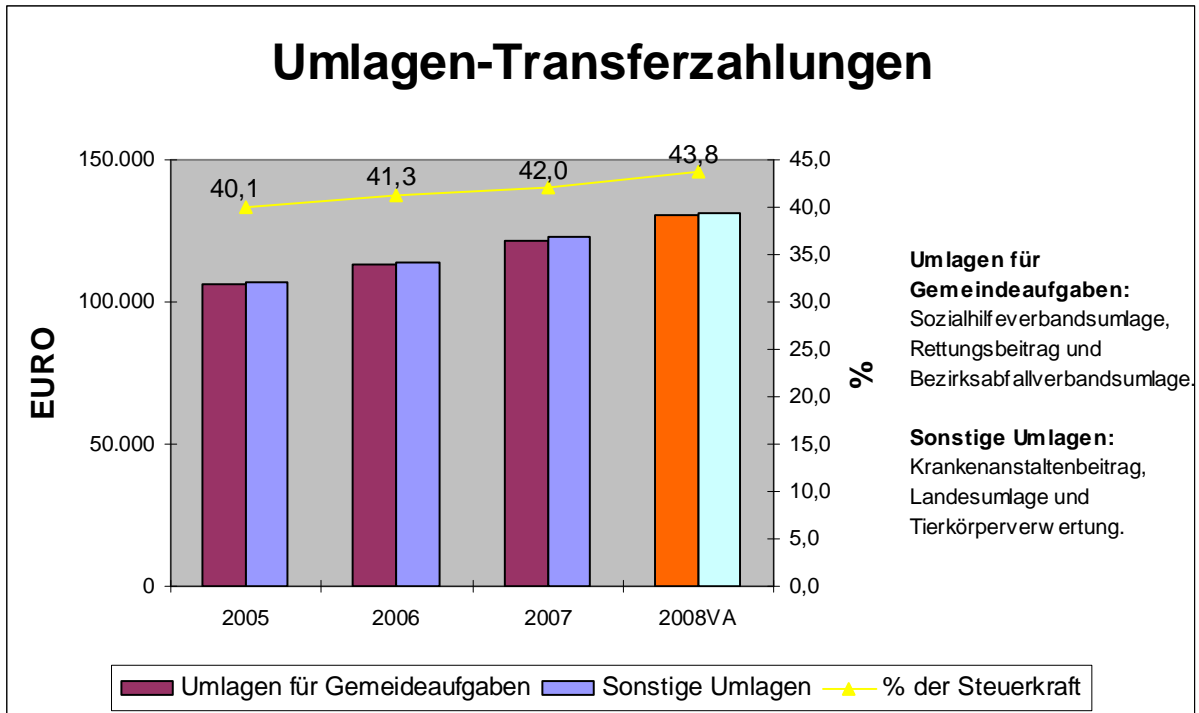
In der Buchhaltung werden im Finanzjahr 2007 Einnahmereste von insgesamt rund € 1.000 ausgewiesen. Die geringen Rückstände entsprechen nicht den Tatsachen, weil bei einem Betrieb wegen eines anhängigen Insolvenzverfahrens die voraussichtlich uneinbringliche Kommunalsteuer nicht zum Soll gestellt wurde und es dadurch zu einer Verkürzung der Finanzkraft um rund € 5.000 kam<sup>10</sup>.

*Die Kommunalsteuer des betreffenden Unternehmens ist im Finanzjahr 2008 zum "Soll" zu stellen.*

---

<sup>10</sup> Siehe rechtskräftigen Bescheid der Gemeinde vom 6. Februar 2007, 920-3/St.Nr. 1041/2007 über die Festsetzung der Kommunalsteuer für den Zeitraum 2001 bis 2005

## Umlagen

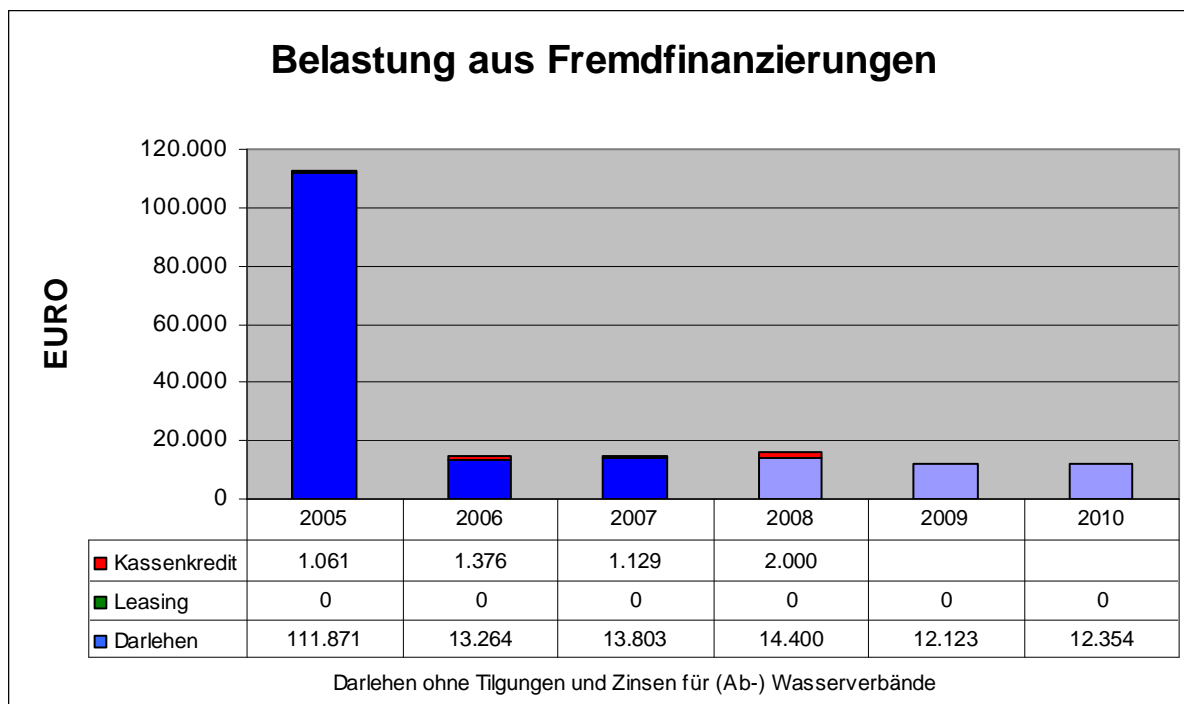


Diese Umlagentransferzahlungen beliefen sich im Finanzjahr 2007 auf insgesamt rund € 244.400, womit rund 42 % der Steuerkraft gebunden waren. Im Zeitraum von 2005 bis 2007 ist ein Anstieg um insgesamt rund € 31.000 bzw. 14,4 % fest zu stellen. Im Voranschlag 2008 wird eine weitere Erhöhung um rund € 17.500 bzw. 7 % erwartet, die hauptsächlich der Bezirksumlage und den Krankenanstaltenbeiträgen zuzurechnen ist. Diese beiden Sozialausgaben stiegen im Prüfungszeitraum um insgesamt rund € 30.000 bzw. 16,5 % an.

Rechnet man den genannten Gemeindeumlagen noch den Personal-, den Verwaltungs- und Betriebsaufwand einschließlich der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter hinzu<sup>11</sup>, so betragen diese Pflichtausgaben im Jahr 2007 annähernd € 600.000. Damit sind rund 103 % der Steuerkraft bzw. rund 61 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden. Im Voranschlag setzt sich diese negative Entwicklung in Gesamtkosten von rund € 622.000 und einem Anteil von rund 104 % der Steuerkraft bzw. 68 % der ordentlichen Jahreseinnahmen fort.

<sup>11</sup> Siehe Sammelnachweise laut Rechnungsabschluss und Voranschlag

## Fremdfinanzierungen



### **Darlehen**

Der Darlehensstand belief sich Ende 2007 auf insgesamt rund € 707.000. Davon waren lediglich rund € 2.200 Maastricht-schädlich, die heuer zur Gänze getilgt werden. Außerdem betreffen insgesamt rund € 207.000 vorerst unverzinsten Investitionsdarlehen des Landes OÖ., die zum Wasserleitungs- und Kanalbau gewährt wurden. An Schuldendienst mussten im Finanzjahr 2007 rund € 50.000 geleistet werden. Dazu erhielt die Gemeinde rund € 36.200 an Schuldendienstersatz, wodurch sich eine effektive Belastung von rund € 13.800 errechnet. Im Finanzjahr 2005 lag der Schuldendienst wegen Sondertilgungen von rund € 99.000 höher. Diese wurden mit dem Überschuss des außerordentlichen Vorhabens "Kanalbau BA 02" und mit Rücklagen finanziert.

### **Kassenkredit**

Der Kassenkredit wird jährlich ordnungsgemäß ausgeschrieben und jeweils an den Bestbieter vergeben. Im Finanzjahr 2007 wurde der Zinssatz am 3-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,25 Prozentpunkten gebunden. Im Kassenkreditvertrag für 2008 konnte der Aufschlag auf 0,15 Prozentpunkte vermindert werden. An Kassenkreditzinsen fielen im Finanzjahr 2007 rund € 1.100 an. Diese liegen zwar unter der anerkehbaren Höhe<sup>12</sup> von rund € 6.000, betreffen jedoch mehr als zur Hälfte die Vorfinanzierung des außerordentlichen Haushaltes.

### **Haftungen**

Die Gemeinde ist Mitglied des Reinhaltungsverbandes Mittlere Antiesen. Die Haftungen konnten im Finanzjahr 2007 auf insgesamt rund € 741.100 verringert werden. An Haftungstilgungen und Zinsen wurden im Jahr 2007 rund € 22.000 bezahlt.

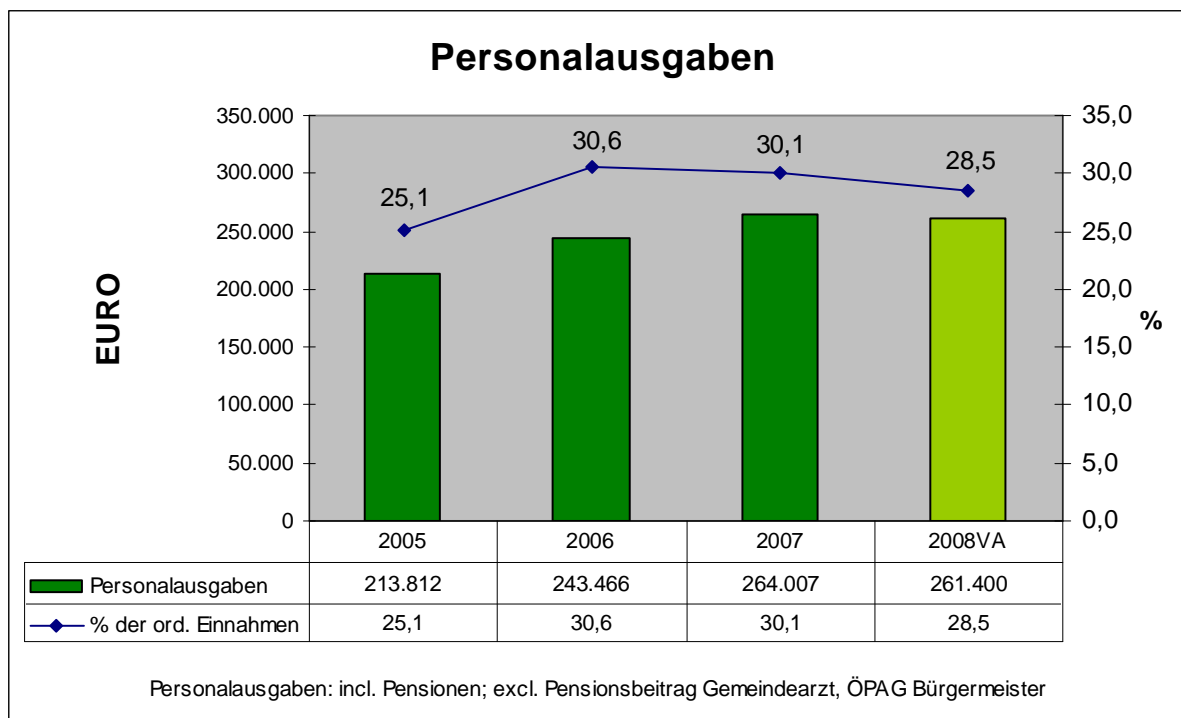
<sup>12</sup> Mit dem Voranschlag 2007 festgesetzter Höchststrahmen vervielfältigt mit dem durchschnittlichen Jahreszinssatz (3-Monats-Euribor mit 0,25 Prozentpunkten Aufschlag) ergibt eine anerkehbare Zinsbelastung von rund € 6.000 (= € 133.450 x 4,5 %)

## Rücklagen

Der Gesamtstand an zweckgebundenen Rücklagen konnte im Finanzjahr 2007 um rund € 16.000 auf insgesamt rund € 101.600 erhöht werden. Die Gemeinde verfügt über folgende Rücklagen, die laufend zur Liquiditätsstärkung als innerer Kredit verwendet werden:

Nutzungsrecht Musikheim	5.079,42
Erneuerungsrücklage Kanal	49.539,71
Kanal-Aufschließungsbeiträge	46.960,66
<b>Gesamt</b>	<b>101.579,79</b>

## Personal



Die Personalkosten einschließlich der Pensionsbeiträge für die Gemeindebeamten stiegen im Prüfungszeitraum um rund € 50.000 bzw. 23 % auf insgesamt rund € 264.000 an. Am deutlichsten war die Steigerung von 2005 auf 2006, die neben den allgemeinen Bezugserhöhungen und Vorrückungen unter anderem auf die Anstellung einer zweiten gruppenführenden Kindergartenpädagogin und einer Stützkindergärtnerin ab Herbst 2006 sowie die Erhöhung der Pensionsbeiträge für die Gemeindebeamten zurückzuführen war. Der Anteil der Personalausgaben an den ordentlichen Jahreseinnahmen belief sich im Finanzjahr 2007 auf rund 30 %. Berücksichtigt man die erhaltenen Landesbeiträge zum Personalaufwand der Kindergartenpädagoginnen und die Pensionsbeiträge der Beamten von insgesamt rund € 74.500 verringert sich der Anteil im Finanzjahr 2007 auf 20,3 %.

Im Finanzjahr 2007 entfielen vom Personalaufwand<sup>13</sup> auf

die Verwaltung rund	€ 139.700 bzw. 53 %
den Kindergarten rund	€ 91.100 bzw. 35 %
den Bauhof rund	€ 24.800 bzw. 9 %
die Reinigung rund	€ 8.400 bzw. 3 %
<u>Gesamt rund</u>	<u>€ 264.000 bzw. 100 %</u>

### Allgemeine Verwaltung

In der Verwaltung sind zwei vollbeschäftigte Bedienstete<sup>14</sup> (eine Vertragsbedienstete und die pragmatisierte Amtsleiterin) tätig, die beide in die "Besoldung-Neu" optierten.

### Kindergarten

Zur Zeit sind eine Kindergartenpädagogin und zwei Helferinnen, wovon eine als Stützkraft tätig ist, mit insgesamt 1,71 Personaleinheiten angestellt.

<sup>13</sup> inkl. Pensionsbeiträge

<sup>14</sup> entspricht jeweils 1,00 Personaleinheiten (PE)



### **Bauhof**

Die Gemeinde beschäftigt einen Facharbeiter mit 30 Wochenstunden.

### **Dienstpostenplan**

Der zuletzt mit acht Personaleinheiten aufsichtsbehördlich genehmigte Dienstpostenplan<sup>15</sup> ist derzeit zu rund 64 % mit 5,1 Personaleinheiten besetzt. Dazu ist zu bemerken, dass Dienstposten für Beamte, Vertragsbedienstete und ständige sonstige Bedienstete nur in der Art und Anzahl vorgesehen werden dürfen, die zur Bewältigung der Aufgaben der Gemeinde notwendig sind. Eine Anpassung des Dienstpostenplanes sollte daher vom Gemeinderat beschlossen werden.

### **Bezugsliquidierung und Urlaubsabwicklung**

Die Bezugsberechnungen und -auszahlungen sowie die Abwicklung des Urlaubs erfolgten bis auf wenige Ausnahmen ordnungsgemäß.

*An Sonn- und Feiertagen erbrachte Überstunden sind finanziell und nicht durch Zeitausgleich abzugelten<sup>16</sup>.*

### **Organisation und Geschäftsverteilung**

Der Geschäftsverteilungsplan wurde nach Verringerung des Personalstandes in der Verwaltung im Jahr 2005 neu erstellt. Darin sind die einzelnen Aufgabenbereiche der beiden Verwaltungsbediensteten ausführlich geregelt.

### **Weiterbildung**

Für die Weiterbildung der Bediensteten wurden im Jahr 2007 insgesamt nur rund € 700 bzw. 0,07 % der ordentlichen Jahreseinnahmen aufgewendet. Die Gemeinde sollte daher den Bediensteten Fortbildungsveranstaltungen anbieten, wobei von den Betroffenen eine entsprechende Bereitschaft dazu erwartet wird.

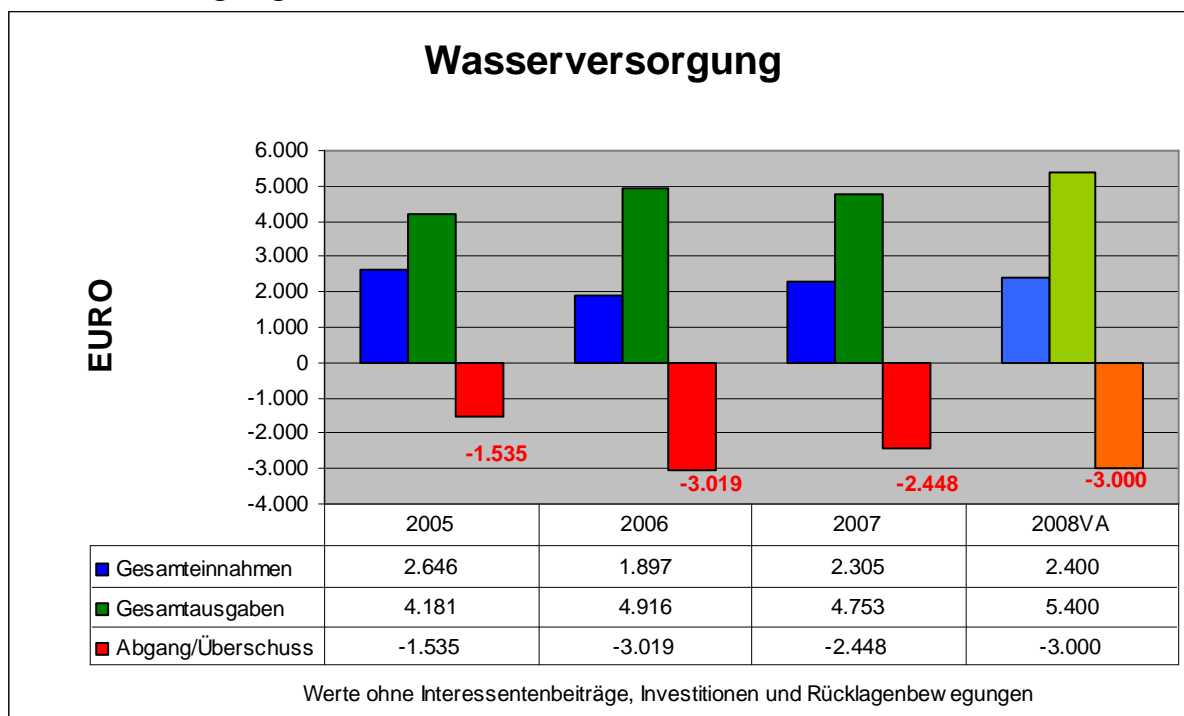
---

<sup>15</sup> Siehe Erlass vom 22. August 2006, Gem-210240/8-2006-Ki

<sup>16</sup> Siehe § 197 öö. GDG 2002

# Öffentliche Einrichtungen

## Wasserversorgung



Der Betrieb der Wasserversorgung wurde im Herbst 2002 als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit eingerichtet und ist aufsichtsbehördlich genehmigt. Die Wasserversorgungsanlage beschränkt sich auf die Ortschaft St. Ulrich. Derzeit sind nur zwölf Liegenschaften angeschlossen. Es wird aufmerksam gemacht, dass der Gemeinde bei der Ausübung des Anschlusszwanges kein Ermessen zusteht.

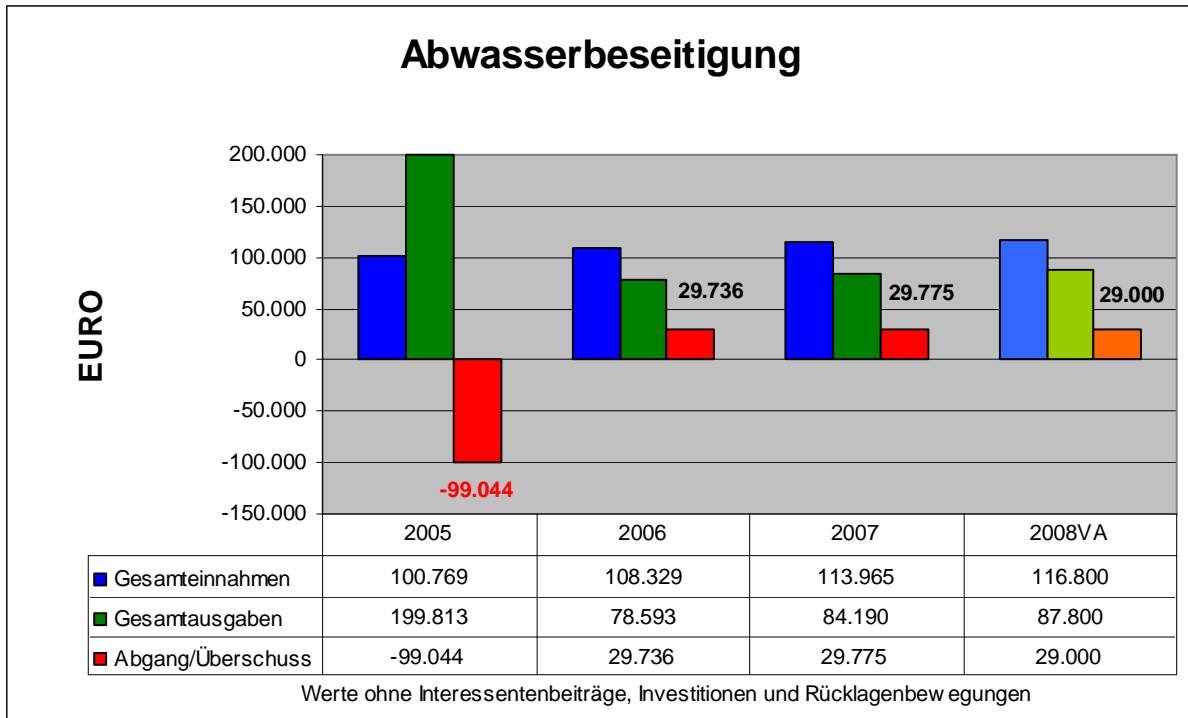
*Hinsichtlich der Ausübung des Anschlusszwanges wird auf das öö. Wasserversorgungsgesetz bzw. auf § 2 der aufsichtsbehördlich genehmigten Wasserleitungsordnung<sup>17</sup> der Gemeinde Senftenbach vom 13. September 2001 hingewiesen.*

Das Betriebsergebnis war im Prüfungszeitraum mit durchschnittlich rund € 2.300 negativ. Die Gemeinde hebt seit Juli 2005 eine um € 0,20 höhere Kubikmetergebühr als die vom Land OÖ. vorgesehene Mindestgebühr ein, weil der Voranschlag des ordentlichen Haushaltes jeweils einen Abgang ausweist. Dieser Solidarbeitrag ist für Gemeinden, die den Voranschlag des ordentlichen Haushaltes nicht ausgleichen können, verpflichtend. Zwecks Abdeckung der Fixkosten wird eine Mindestgebühr je angeschlossenem Grundstück eingehoben, die einem Wasserbezug von 40 m<sup>3</sup> entspricht.

Das Ablesen der Wasserzähler erfolgt gegen Jahresende durch den Gemeindearbeiter, der die Zähler unter Beachtung der Eichfrist austauscht und verplombt.

<sup>17</sup> Siehe Erlass vom 9. November 2001, Gem-542240/5-2001-Keh

## Abwasserbeseitigung



Der Betrieb der Abwasserbeseitigung war in den Finanzjahren 2006 und 2007 mit jeweils annähernd € 30.000 positiv. Der Betriebsabgang 2005 enthält eine Sondertilgung von rund € 95.500, die mit einer Rücklage und einer Rückführung aus dem außerordentlichen Haushalt<sup>18</sup> finanziert wurde. Somit errechnet sich für das Finanzjahr 2005 ein tatsächlicher Abgang von rund € 3.500.

Mit einer errechneten Abwassermenge von ungefähr 41 m<sup>3</sup> pro Person wurde im Finanzjahr 2007 eine den Vorgaben des Landes OÖ. für Abgangsgemeinden entsprechende Kubikmetergebühr von € 3,15 exkl. Ust. erreicht.

Die Benützungsgebühr setzt sich unter anderem aus einer Grundgebühr und einer variablen Gebühr je Belastungseinheit (entspricht 40 m<sup>3</sup>) zusammen, wobei außerdem eine jährliche Mindestgebühr je angeschlossenenem Objekt fest gesetzt wurde. Durch die Grund- und Mindestgebühr werden insbesondere die Ein- und Zwei-Personenhaushalte leicht benachteiligt. Ebenso erscheint die variable Gebühr "unternehmerfreundlich". In Anlehnung an die ÖNorm B 2502-1 (Kleinkläranlagen bis 50 Einwohnerwerte) wird eine Anpassung der Verordnung empfohlen. Die in der Verordnung vorgesehenen Ermäßigungen (z.B. für ständige Bewohner bis zum vollendeten 15. Lebensjahr) entsprechen der Rechtsauskunft des Amtes der oö. Landesregierung vom 1. August 2005, Gem-541347/13-2005-Has/Gan.

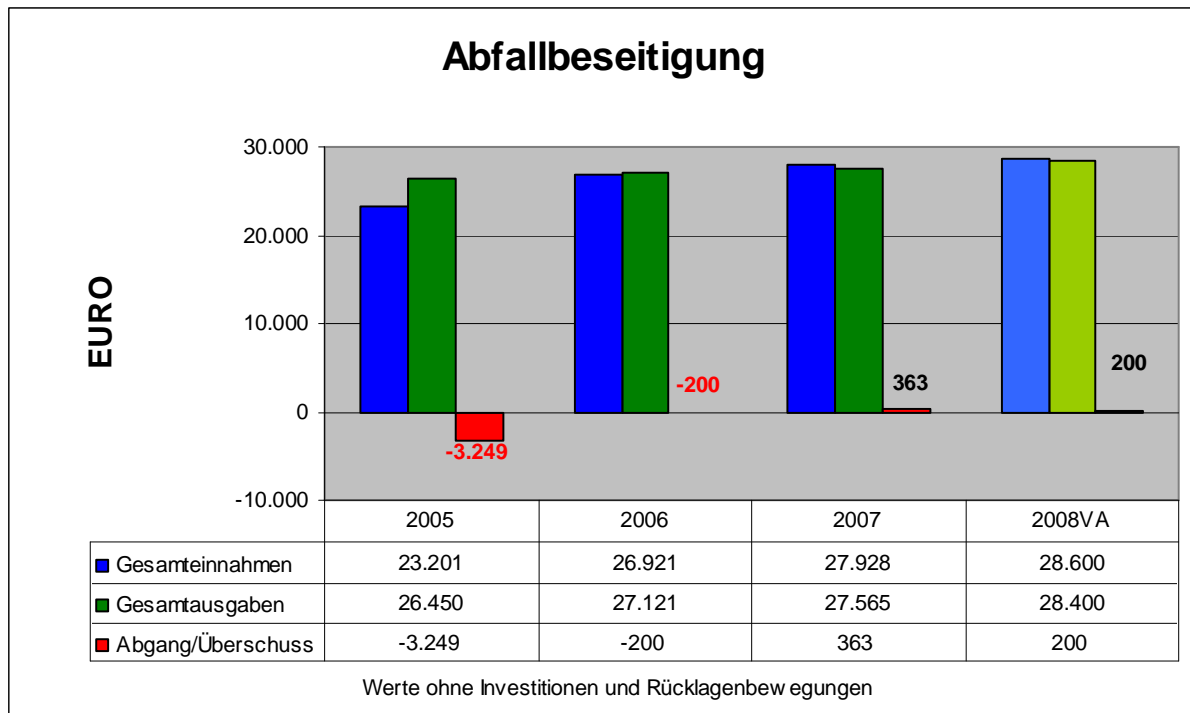
Die vom Gemeinderat am 13. Dezember 2007 beschlossene Änderung der Gebührenordnung hinsichtlich der drastischen Verringerung der "Mindestgebühr für ganzjährig unbewohnte Gebäude" von € 150,00 auf € 15,00 sollte wegen des im § 28 oö. Raumordnungsgesetz 1994 vorgesehenen "Erhaltungsbeitrages für unbebaute Grundstücke" von € 0,15 pro Quadratmeter sowie der im § 5 und § 6 der gültigen Kanalgebührenordnung enthaltenen "Bereitstellungsgebühr für angeschlossene aber unbebaute Grundstücke" von derzeit € 150,00 jeweils exkl. Ust. überdacht werden<sup>19</sup>.

<sup>18</sup> Beim Vorhaben "Kanalbau BA 02" durch eine überhöhte Darlehensaufnahme entstandener Überschuss in Höhe von €43.863,82

<sup>19</sup> Zur Zeit sieben ganzjährig unbewohnte Gebäude, ein angeschlossenes unbebautes Grundstück und 21 im Anschlussbereich gelegene unbebaute Grundstücke

Derzeit sind 184 Gebäude und 17 Betriebe an die Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen. Laut Gebührenkalkulation 2008 können die Abwässer von 565 Personen entsorgt werden, was einem Anschlussgrad von rund 78 % entspricht.

## Abfallbeseitigung



Der Betrieb der Abfallbeseitigung weist im Finanzjahr 2007 einen geringen Überschuss von rund € 400 aus, während in den beiden vorangegangenen Jahren Abgänge ausgewiesen werden. Einen Kostenfaktor stellt der Grün- und Strauchschnitt dar. Die kostenlose Anlieferung sollte auf übliche Haushaltsmenge (z.B. jährlich 5 m<sup>3</sup>) beschränkt werden.

*Größere Anlieferungen von Grün- und Strauchschnitt sollten von den Betroffenen entweder so wie früher direkt mit dem Vertragspartner oder über die Gemeinde mit einem zusätzlichen Tarif abgerechnet werden.*

Die Abfuhr des Restabfalls erfolgt generell vierwöchentlich. Die Gebühren für eine 90-L-Abfalltonne und für einen Abfallsack wurden heuer auf € 8,00 bzw. € 5,36 jeweils exkl. Ust. erhöht. Laut Voranschlag 2008 wird ein geringer Überschuss erwartet. Die seit dem Finanzjahr 2005 verrechneten Verwaltungskosten von jeweils € 800 erscheinen sehr gering, weshalb auf die bei dieser öffentlichen Einrichtung grundsätzlich geforderte Kostendeckung zu achten ist.

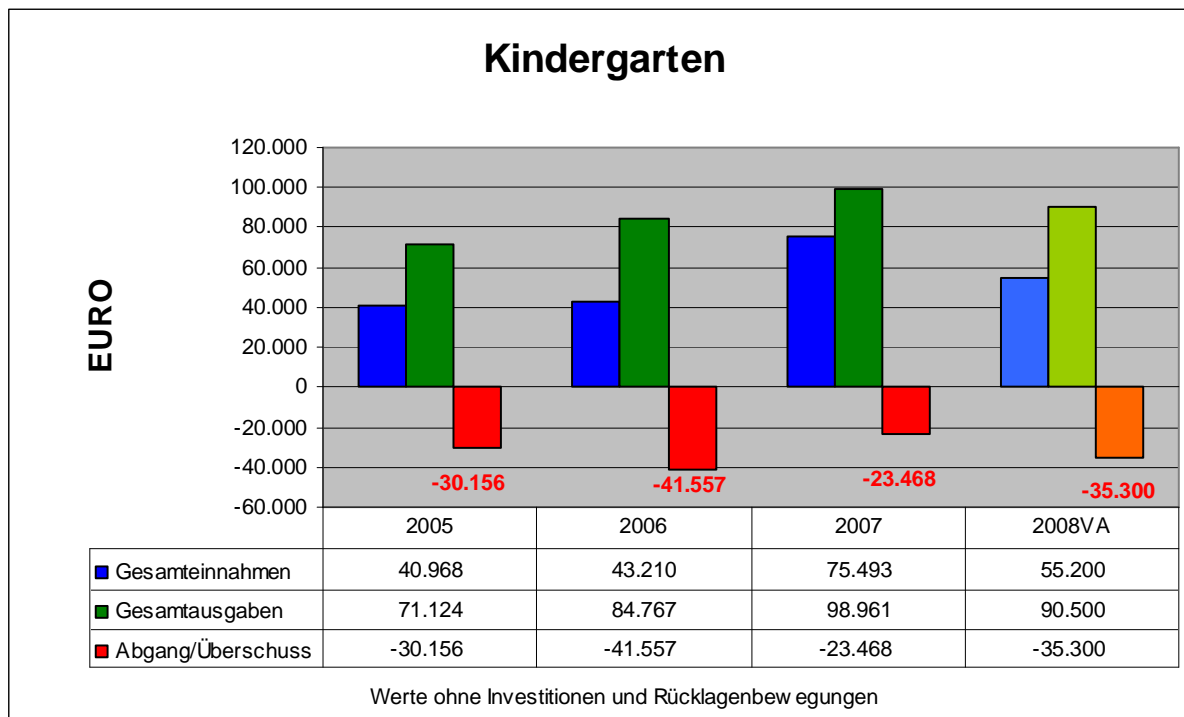
Erfreulich ist, dass die Restabfallmenge von 2005 bis 2007 um 3,4 Gewichtstonnen bzw. 4,6 % verringert werden konnte. Demnach verminderte sich die Restabfallmenge auf rund 68 kg je Einwohner. Damit liegt die Gemeinde im Jahr 2007 – so wie in den beiden Jahren davor - deutlich unter dem Bezirksdurchschnitt von rund 87,4 kg und weist die sechsniedrigste Restabfallmenge pro Kopf aus.

Aktuell werden in der Gemeinde 50 Biotonnen verwendet, was einem Anschlussgrad von knapp unter 20 % entspricht. Vermehrt werden in Gemeinden die Kosten für die Biotonnenentsorgung in die Abfallgebühr einbezogen, wodurch die Anzahl der Biotonnen erhöht werden konnte.

*Die Bemühungen zur Erhöhung des Anschlussgrades bei der Biotonne sind auch im Hinblick auf die inzwischen vorgenommene Restabfallverbrennung zu verstärken.*

In der alten FF-Zeugstätte in der Ortschaft Bruck befinden sich Sammelcontainer für Altglas, Papier und Metallabfälle, die frei zugänglich sind. Alle zwei Wochen können jeweils am Mittwoch von 16.00 bis 19.00 Uhr zusätzlich Plastikabfälle entsorgt werden.

## Kindergarten



Der Kindergarten wird wegen der geringeren Kinderanzahl seit Herbst 2007 wieder mit einer Gruppe und einem Kind mit Beeinträchtigung, das von einer Stützkraft betreut wird, geführt. Der Betriebsabgang des Finanzjahres 2007 ist insofern verfälscht, da der im Finanzjahr 2007 ausbezahlte Landesbeitrag<sup>20</sup> für die zweite Kindergärtnerin in Höhe von rund € 7.100 heuer einbehalten wurde. Der Kindergarten wurde im Jahr 2007 von durchschnittlich 20 Kindern besucht, was wegen des Wegfalls der im Kindergartenjahr 2006/2007 geführten zweiten Gruppe einen Rückgang um 5 Kinder bedeutete. Ab Herbst 2008 wird voraussichtlich nur mit 13 Kindern bzw. mit einer weiteren Verschlechterung der Auslastung gerechnet. Im Finanzjahr 2007 musste die Gemeinde den Betrieb mit effektiv rund € 1.530 pro Kind und Jahr subventionieren, was verhältnismäßig viel ist. Dazu ist anzumerken, dass aus Gründen der Kostenwahrheit alle anfallenden Kosten zu verrechnen sind<sup>21</sup>.

Die Elternbeiträge stiegen von 2006 auf 2007 - hauptsächlich auf Grund der Neuregelung der Tarife ab Herbst 2007 - um rund € 2.100 bzw. 20 %. Mit den Besuchsentgelten konnten 2007 nur rund 13 % der Betriebsausgaben bedeckt werden.

In der ab 1. November 2007 geltenden Kindergartentarifordnung wurde festgelegt, dass der Elternbeitrag für halbtägige Betreuung mit € 90 und nur für 10 Monate zu berechnen ist. Unter Hinweis auf die Information des Amtes der oö. Landesregierung vom 13. Mai 2008, BGD-140538/676-2008, beläuft sich der einzuhebende Betrag auf € 99. Nach der gültigen Tarifordnung beträgt die Besuchs- bzw. Öffnungszeit insgesamt 30 Stunden pro Woche<sup>22</sup>. Das Beschäftigungsausmaß der Kindergartenleiterin ist daher darauf abzustimmen.

*Auf Grund der Kindergärten- und Horte-Elternbeitragsverordnung 2008 ist vom Gemeinderat eine Anpassung der Tarifordnung zu beschließen.*

<sup>20</sup> Siehe Schreiben vom 17. Jänner 2008, BGD-440495/19-2008

<sup>21</sup> Z.B Versicherungsaufwand

<sup>22</sup> Montag bis Freitag von 07.15 bis 13.15 Uhr

## **Gemeindevertretung**

Der Gemeinderat trat im Jahr 2007 sechsmal zusammen, während der Gemeindevorstand in den Jahren 2005 bis 2007 das im § 57 öö. GemO1990 festgelegte Sitzungsintervall von je einer Sitzung im Kalendervierteljahr nicht einhielt. Zum in der Gemeinderatssitzung am 28. September 2007 besprochenen Tagesordnungspunkt 7 betreffend "eventueller Anschluss an die Hackschnitzelheizung der Ortsbauernschaft" wird aufmerksam gemacht, dass dem Abschluss eines Wärmelieferungsvertrages eine Wirtschaftlichkeitsberechnung voranzugehen hat. Diesbezüglich wird gegebenenfalls eine Beratung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde empfohlen.

*Der Bürgermeister wird aufgefordert, den Gemeindevorstand wenigstens einmal in jedem Vierteljahr einzuberufen.*

Es wird erinnert, dass ab heuer anstelle der Verhandlungsschriften des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse Beschlussprotokolle auszufertigen sind und die Fristen zur Herstellung der Reinschrift verkürzt wurden.

### **Sitzungsgelder**

Das Sitzungsgeld wurde in der aufsichtsbehördlich genehmigten Sitzungsgeldverordnung mit dem Mindestbetrag (1 % des Bürgermeisterbezuges) festgesetzt. In Hinblick auf die möglichen Höchstgrenzen kann der Gemeinde ein sparsamer Umgang bescheinigt werden.

### **Verfüungsmittel und Repräsentationsausgaben**

Der dem Bürgermeister zur Verfügung stehende Rahmen wurde in den Jahren 2005 bis 2007 jeweils nicht ausgeschöpft, es wurden Kosten eingespart.

### **Gemeindeinterne Prüfungen**

Der Prüfungsausschuss als innergemeindliche Kontrollinstanz hat im vergangenen Jahr vier Sitzungen – jedoch keine im dritten Kalendervierteljahr - abgehalten. Außerdem ist der Rechnungsabschluss separat zu prüfen, was zukünftig zu beachten ist.

## **Weitere wesentliche Feststellungen**

### **Vermögensverwaltung**

Im Gemeindeamtsgebäude (Berg Nr. 22) werden zwei Wohnungen und in der Volksschule (Berg Nr. 10) eine Wohneinheit vermietet. Die Mietzinse sind wertgesichert und es werden die Anpassungen vorgenommen. Beim Abschluss neuer Mietverträge sollte auf Grund des Ausstattungszustandes der Mietzins nach der Ausstattungskategorie A von derzeit € 2,91 exkl. Ust. pro m<sup>2</sup> herangezogen werden<sup>23</sup>.

*Im Mietvertrag ist grundsätzlich immer eine Kautions in Höhe von drei bis sechs Monatsmieten zu berücksichtigen.*

Weiters werden aus der Verpachtung des Fischwassers im Senftenbach<sup>24</sup> geringe Einnahmen erzielt.

### **Feuerwehrwesen**

In der Gemeinde gibt es nur eine Freiwillige Feuerwehr. Der laufende Aufwand (ohne Investitionen und unter Berücksichtigung der Einnahmen) für die Freiwillige Feuerwehr beträgt € 16,60 je Einwohner und liegt 2007 über dem Bezirksdurchschnitt von rund € 12,20.

---

<sup>23</sup> Siehe § 15 a Abs. 3 Mietrechtsgesetz

<sup>24</sup> Vom Ursprung bis zur Wagnerbrücke in Bruck mit einer Länge von 4.000 m

## **Förderungen und freiwillige Ausgaben**

Die von der Aufsichtsbehörde festgelegte Obergrenze für die freiwilligen Fördermaßnahmen ohne Sachzwang wurde minimal überschritten. Es wurden im Finanzjahr 2007 rund € 15,20 pro Einwohner für Förderungen aufgewendet. Das entspricht einer Überschreitung um lediglich rund € 100 und ist auf Sonderförderungen<sup>25</sup> für den Musik- und Sportverein zurückzuführen. In den Finanzjahren 2005 und 2006 wurde die von der Aufsichtsbehörde festgesetzte Obergrenze von € 15,00 je Einwohner jeweils unterschritten. Im Prüfungszeitraum wurden keine Betriebsförderungen gewährt.

*Ein Einsparungspotential ist bei den Doppel- und Mehrfachförderungen (z.B. für Alternativenergieanlagen) vorhanden.*

## **Versicherungen**

Vor rund fünf Jahren wurde eine Versicherungsanalyse durch einen Makler durchgeführt und wurden inzwischen teilweise mit ihm neue Verträge abgeschlossen. Vor Ablauf dieser Verträge wird die Beiziehung eines unabhängigen Experten in Versicherungsangelegenheiten wieder empfohlen. Der Versicherungsaufwand stieg von 2005 bis 2007 um rund € 700 bzw. 10 % und ist hauptsächlich auf die Indexanpassungen zurückzuführen. Heuer wird eine Erhöhung um zusätzlich rund € 1.000 erwartet, die der Kaskoversicherung für das gemeinsame Kommunalfahrzeug zuzuschreiben ist und zur Hälfte von der Nachbargemeinde Eitzing refundiert wird.

## **E-Government**

Die elektronische Kommunikation zu bzw. zwischen den Behörden und Bürgern gewinnt immer mehr an Bedeutung, weshalb die Gemeinde eine "Homepage" – allenfalls unter externer Mithilfe - erstellen sollte. Auf den barrierefreien Zugang zu dieser Informationsquelle und auf die Aktualisierung wird zu achten sein. Für ein kundenorientiertes Webservice der öffentlichen Verwaltung sind einheitliche Regelungen bei elektronisch eingebrachten Anträgen wichtig. Durch einen sogenannten "Newsletter" sollten die interessierten Bürger über alle Neuigkeiten (z.B. Tagesordnung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung und genehmigte Protokolle dieser Sitzungen) laufend informiert werden.

# **Außerordentlicher Haushalt**

## **Überblick über den a.o. Haushalt**

Im Prüfungszeitraum wurden insgesamt 13 Vorhaben abgewickelt bzw. finanziert. Die Kosten dafür beliefen sich auf rund € 498.700. Außerdem konnte aus dem Finanzjahr 2004 ein Soll-Überschuss von "netto" rund € 29.500 übernommen werden. Im Rechnungsabschluss 2007 wird wieder ein Soll-Überschuss von rund € 27.700 ausgewiesen. Demnach erfolgt die Abwicklung der Vorhaben bzw. der Baufortschritt im Einklang mit den vorhandenen Finanzierungsmitteln.

Von diesen im Zeitraum 2005 bis 2007 getätigten Investitionen entfielen auf

Freizeitanlagen rund	43 %
Straßenbau rund	28 %
Öffentliche Ordnung und Sicherheit (FF) rund	11 %
Wasser- und Kanalbau rund	9 %
Kindergarten rund	5 %
sonstige Vorhaben (Grundkauf, Heizungstausch) rund	4 %
<b>Gesamt</b>	<b>100 %</b>

Nachstehend folgt eine Übersicht der geprüften Vorhaben:

<sup>25</sup> €1.600 für Tracht bzw. €2.500 für einen Rasenmäher



### ***Löschwasserbehälter***

In den Ortschaften Reisedt, Stockham und Langzaun wurde nach Erteilung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung die Ausschreibung zur Errichtung von Stahlbeton-Rundbehältern mit einem Fassungsvermögen von jeweils 100 m<sup>3</sup> durch das öö. Landesfeuerwehrrkommando veranlasst. Die Auftragsvergabe erfolgte durch den Gemeinderat an den Bestbieter. Die Gesamtkosten der im Spätherbst 2005 errichteten drei Löschwasserbehälter belaufen sich auf insgesamt rund € 54.800. Die um rund € 800 geringfügig über dem genehmigten Finanzierungsrahmen liegenden Kosten wurden mit Anteilsbeträgen finanziert.

### ***Löschfahrzeug***

Auf Grund eines Ansuchens der FF Senftenbach über die Anschaffung eines KLF-A im Sommer 2005 erfolgte nach einem Grundsatzbeschluss im Gemeinderat und aufsichtsbehördlicher Genehmigung des Finanzierungsplanes im Herbst 2007 die Ausschreibung in der Amtlichen Linzer Zeitung als offenes Verfahren im Unterschwellenbereich. Die Auftragsvergabe wurde vom Gemeinderat am 31. Jänner 2008 bei einem einzigen Anbot mit einem Kostenrahmen von rund € 85.600 beschlossen. Die über den Normkosten liegenden Ausgaben für die Pflichtausrüstung werden von der Freiwilligen Feuerwehr zu tragen sein.

### ***Einbau zweiter Gruppenraum im Kindergarten***

Wegen der hohen Kinderzahl musste die ehemalige Schulküche adaptiert bzw. zu einem provisorischen Gruppenraum für eine zweite Kindergartenkleingruppe umgebaut werden. Die Arbeiten wurden in den Sommerferien 2006 durchgeführt. Der zweite Gruppenraum konnte mit Beginn des Kindergartenjahres 2006/2007 in Betrieb genommen werden. In der Sitzung des Gemeinderates vom 13. Juli 2006 wurden einstimmig Direktvergaben beschlossen, nachdem wegen der Dringlichkeit keine Vergleichsanbote eingeholt werden konnten. Trotzdem konnte der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsrahmen um rund € 5.100 bzw. 16,5 % unterschritten werden. Die tatsächlichen Kosten beliefen sich auf rund € 25.900 und sind ausfinanziert.

### ***Kinderspielplatz***

Der Ankauf des erforderlichen Grundstückes erfolgte nach Vorliegen eines aufsichtsbehördlich genehmigten Finanzierungsplanes im Herbst 2005. Die Ausgaben des im Vorjahr eröffneten Kinderspielplatzes mit Beachvolleyballplatz konnten gegenüber der Kostenschätzung um rund € 14.000 auf rund € 122.200 vermindert werden. Die Auftragsvergaben für diese gelungene Freizeiteinrichtung erfolgten ordnungsgemäß.

### ***Sportplatz-Neubau***

Dieses Vorhaben wurde bereits anlässlich der Gebarungseinschau im Jahr 2002 geprüft. Sämtliche Arbeiten erfolgten im Auftrag des örtlichen Sportvereins. Die Kostensteigerungen der im Juni 2006 eröffneten Sportanlage sind nach den Ausführungen der Gemeinde auf die lange Bauzeit, die unvorhersehbare und notwendige Errichtung einer Stützmauer, der nicht kalkulierten Kosten für den erforderlichen Parkplatzbau samt Zufahrt zur neuen Tribüne sowie der Erhöhung beim Grundkauf (Verzinsung, Wertsicherung, Nebenkosten) zurückzuführen. In der Gemeindebuchhaltung scheinen lediglich die weitergeleiteten Bedarfszuweisungen, Landeszuschüsse und Anteilsbeiträge von insgesamt rund € 274.600 auf. In einer Kostenaufstellung der Gemeinde werden Gesamtkosten von rund € 438.000 ausgewiesen, die geringfügig um rund € 2.400 über dem genehmigten Finanzierungsrahmen liegen. In diesen Kosten sind jedoch die Arbeitsleistungen der Vereinsmitglieder von mehr als 1.700 Stunden nicht enthalten.

## **Straßenbau**

Das mit einem Kostenrahmen von € 279.000 genehmigte "Straßenbauprogramm 2004 bis 2007" wurde mit Schreiben des Amtes der öö. Landesregierung vom 17. Oktober 2007 auf rund € 188.500 vermindert, weil die Gemeinde die ursprünglich vorgesehenen Anteilsbeträge nicht bereitstellen konnte. Im Prüfungszeitraum wurden verschiedene Siedlungsstraßen neu errichtet bzw. asphaltiert. Normalerweise wird von einer Fachfirma ein Richtanbot zur Ausschreibung verwendet, wobei sich dieses Unternehmen an der Ausschreibung beteiligt und dann als Bestbieter den Zuschlag erhält.

*Zwecks Vermeidung allfälliger Schadenersatzansprüche bzw. zur Gewährleistung eines fairen und lauterer Wettbewerbes sollte der Ersteller des Leistungsverzeichnisses am Vergabeverfahren nicht teilnehmen.*

## **Kommunalfahrzeug**

Im Vorjahr wurde von der Aufsichtsbehörde der Ankauf eines Kommunaltraktors in Kooperation mit der Gemeinde Eitzing mit einem Kostenrahmen von € 60.000 und einer gleich hohen Förderung mit Bedarfszuweisungen genehmigt. Die vom Gemeindevorstand ausgearbeitete Ausschreibung im Rahmen eines nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung führte zu zwei Angeboten und einer Vergabe an den Bestbieter. Allerdings konnte sich der Gemeinderat der Nachbargemeinde zu keinem positiven Beschluss über diese Kooperation durchringen. Der Gemeinde erhielt unter der Bedingung die Zustimmung zum Ankauf, dass es der Gemeinde Eitzing in Zukunft möglich ist, unter Weiterverrechnung der tatsächlichen Betriebskosten dieses Gerät im Kooperationswege anzumieten und zur Verfügung zu haben.

## **Grundkauf Kirchenvorplatz**

Ende Juni 2007 wurde vom Gemeinderat der Kaufvertrag über ein unmittelbar neben der Pfarrkirche gelegenes Teilgrundstück im Ausmaß von ca. 500 m<sup>2</sup> beschlossen. Der Kaufpreis entspricht noch dem zuvor eingeholten Schätzgutachten des Bezirksbauamtes Ried i.l. Auf dem restlichen Areal, das von der Pfarre Senftenbach erworben wurde, ist die Errichtung einer Pfarrkanzlei geplant. In dieses Objekt soll eine öffentliche WC-Anlage auf Kosten der Gemeinde eingebaut werden. Die bisher angefallenen Grunderwerbskosten konnten zur Gänze mit einer Bedarfszuweisung finanziert werden.

## **Optimierungspotential**

Durch die sehr sparsame Haushaltsführung ist kein merkbares Einsparungspotential vorhanden. Die anzustrebende Erhöhung des Anschlussgrades bei der Biotonnenabfuhr, die Erhöhung der Mindestkanalbenutzungsgebühr für ganzjährig unbewohnte Gebäude sowie die zu erwartenden Mehreinnahmen bei den Elternbeiträgen<sup>26</sup> würde bzw. wird zu keiner wesentlichen Veränderung der Einnahmenseite führen.

## **Schlussbemerkung**

Die Kleingemeinde wird seit Jahren äußerst sparsam geführt. Ein Haushaltsabgang konnte zwischen den Jahren 1990 bis 2003 vermieden werden. Nach drei Jahren mit Abgängen konnte im Finanzjahr 2007 im ordentlichen Haushalt wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden.

Erforderliche Auskünfte wurden bereitwillig gegeben und die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Die Arbeiten in der Gemeindeverwaltung erfolgen mit wenigen Ausnahmen sorgfältig und gewissenhaft.

---

<sup>26</sup> Umrechnung auf 10 Monate oder Berechnung für 11 Monate

Die Gemeinde liegt mit ihrer Finanzkraft unter dem Landesdurchschnitt und erhält laufend eine Strukturhilfe des Landes OÖ. für finanzschwache Gemeinden. Im Finanzjahr 2007 war zwar ein geringer Handlungsspielraum vorhanden, jedoch sind die Prognosen laut mittelfristigem Finanzplan wieder negativ. Auf Grund der steigenden Pflichtausgaben sowie der Folgekosten der kommunalen Investitionen ist keine wesentliche Verbesserung der Finanzlage zu erwarten.

Die Abwicklung außerordentlicher Bauvorhaben erfolgte im Einklang mit den Förderungs- bzw. Finanzierungsmitteln.

Für die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen.

In der Schlussbesprechung mit dem Bürgermeister und der Amtsleiterin am 9. Juli 2008 konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen weitgehend eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Ried im Innkreis, am 9. Juli 2008

Prüforgan: Berger Norbert